
Politische und institutionelle Entwicklungen auf zentralstaatlicher Ebene

Das Gespenst eines neuerlichen Umbruchs*

Silvia Bolgherini

1 Einleitung

Die Debatte über die Transition, die in Italien mit dem Zusammenbruch des (partei)politischen Systems in den 1990er Jahren ihren Anfang nahm, ist schier unerschöpflich und noch immer nicht beendet. Der hier vorliegende Beitrag geht jedoch von der Annahme aus, dass in Italien in den letzten Jahren erneut Veränderungen eingetreten sind, die auf viele grundlegende Aspekte des öffentlichen Lebens deutlichen Einfluss ausgeübt haben. Themenschwerpunkte sind dabei die jüngsten politischen und institutionellen Reformen sowie die Neuerungen im parteipolitischen System. Es geht darum zu verstehen, wie sich die eingetretenen Veränderungen in die anhaltende Debatte um den Umbruch in Italien einordnen lassen, und ob es zulässig ist, von einer neuen Phase der italienischen Transition zu sprechen. Deuten die Veränderungen im politischen wie im institutionellen Bereich auf eine Zäsur gegenüber der vorangegangenen Epoche hin, indem sie Merkmale aufweisen, die sie klar von der sogenannten Zweiten Republik unterscheiden?

Im Folgenden sollen zuerst die besonderen Merkmale der Zweiten Republik beschrieben und anschließend die Bedeutung der Parlamentswahlen des Jahres 2013 für diesen möglichen Übergang in eine neue Phase analysiert werden. Bei diesen Wahlen entpuppte sich der *Movimento 5 Stelle* (Fünf-Sterne-Bewegung – M5S) als dritte politische Kraft und setzte dem Bipolarismus, der sich in den vorangegangenen zwei Jahrzehnten konsolidiert hatte, ein Ende. Des Weiteren werden die Regierung Renzi, das Wahlgesetz und seine Neuerungen sowie die gescheiterte Verfassungsreform vorgestellt und mit Blick auf ihre möglichen Implikationen auf das politische System Italiens diskutiert. Abschließend sei die Überlegung angestellt,

* Übersetzungen aus dem Italienischen: Dr. Karoline Rörig (Fachbüro für den deutsch-italienischen Dialog/*Ufficio per il dialogo italo-tedesco*, Bonn) und Dr. Markus Grimm.

ob bzw. inwiefern die erste Übergangsphase nunmehr tatsächlich abgeschlossen und der Durchbruch zu einem neuen politischen System gelungen ist, so dass man berechtigterweise von einer Dritten Republik sprechen kann.

2 Merkmale der Zweiten Republik

Mit Blick auf die Vergangenheit seien zunächst drei Überlegungen festgehalten. Erstens muss gesagt werden, dass der Übergang von der Ersten zur Zweiten Republik mehr ein symbolischer war als ein realer. Dieser Übergang wurde allgemein auf das Jahr 1992 datiert, als im Verlauf der Ermittlungen von *Mani pulite* (Saubere Hände) weit verbreitete Schmiergeldaffären ans Licht der Öffentlichkeit kamen, in die die größten italienischen Parteien verwickelt waren (hauptsächlich die *Democrazia Cristiana* (DC) und der *Partito Socialista Italiano* (PSI)). Diese Parteien verschwanden denn auch bei den darauffolgenden Wahlen im Jahr 1994 von der politischen Bühne. Die erwähnte Transition bezeichnete also eher, statt eines formalen Systemwechsels mit einer Verfassungsreform wie in Frankreich in der IV. und V. Republik, lediglich die Zeit „danach“, also nach *Tangentopoli* (Almagisti und Verzichelli 2014). Daher ist es exakter, von einem Aufbruch bzw. einer Übergangsphase der Transition zu sprechen, als von einem regelrechten (radikalen?) Umbruch, der eine Verfassungsänderung vorausgesetzt hätte. Aus diesem Grund sprechen manche Beobachter statt von einer Zweiten Republik auch lieber von einem zweiten Parteiensystem (Ceccanti 2015a) oder von einem zweiten politischen System (Fusaro 2015).

Zweitens sei darauf hingewiesen, dass diese Transitionsphase als „lang“, „unendlich“, „unmöglich“, „unvollkommen“ und auf zahlreiche ähnliche Weisen (Morlino 2013; Bull 2012; Grilli di Cortona 2007; Ceccanti und Vassallo 2004) definiert worden ist, womit angedeutet wird, dass ein umfassender, substanzieller Wechsel zu einem neuen politischen System nie stattgefunden hat, und dass die Erwartungen und Resultate der Änderungen weiter stark auseinanderklaffen.

Daraus ergibt sich auch die dritte Beobachtung, dass die Zweite Republik immer „negativ, als Phase der Überwindung bestehender Ordnungen“ (Almagisti und Verzichelli 2014: 2), nie aber positiv, nämlich mit der Beschreibung ihrer charakteristischen Merkmale, definiert worden ist.

Der Start Italiens in eine sogenannte Dritte Republik wurde bereits bei der Rückkehr zum Verhältniswahlrecht im Jahr 2005 beschworen (Calise 2006). Eher als ein neues System war diese Dritte Republik aber eine Rückkehr in die Vergangenheit, eine Neuauflage gewisser typischer Dynamiken der Ersten Republik, zu

denen das Scheitern des Zweiparteiensystems und die Rückkehr zum Kompromiss und zu zentripetalen Tendenzen der politischen Parteien gehört. Vor allem aber gründete sie auf Personalisierung und Präsidentialisierung, d. h. auf einer gegenüber der Vergangenheit extrem starken Rolle der Regierung. Tatsächlich befand man sich, als die Dritte Republik beschworen wurde, noch mitten in der Zweiten, und in der Tat haben sich einige Wesenszüge, in denen man damals die Vorzeichen der Transition in eine Dritte Republik gesehen hatte, nach 20 Jahren der politischen Analyse als grundlegende und charakteristische Merkmale der Zweiten Republik herausgestellt (Diamanti et al. 2013). Diese Merkmale sind: Personalisierung, Medialisierung, Bipolarismus und die Rolle des Territoriums.

Personalisierung (Poguntke und Webb 2005) und Medialisierung der Politik (Strömbäck 2008; Mazzoleni und Schulz 1999) sind Tendenzen, die in den europäischen Staaten allgemein beobachtbar sind. Man denke etwa an den Begriff der *audience democracy* (Manin 1997), der die Identifikation mit einem *Leader* und den stellvertretenden Einsatz der Massenmedien in der zeitgenössischen repräsentativen Demokratie kennzeichnet. In Italien sind diese beiden Tendenzen in höchstem Maße von Silvio Berlusconi verkörpert worden (Diamanti 2014; Fabbrini 2013; Campus 2010).

Der „majoritäre Bipolarismus“ – bei welchem zwei Wahlbündnisse an der Macht alternieren und aufgrund des Mehrheitswahlrechts starke mehrheitsabhängige Dynamiken zum Tragen kommen (s. u.)¹ – ist ebenfalls unter den Gesichtspunkten von Personalisierung und Präsidentialisierung interpretiert worden (Diamanti et al. 2013; Musella 2012).

Die Verankerung im Territorium als identitätsstiftender Bezug und Ausgangspunkt politischer Forderungen hat dagegen ihre deutlichste Ausprägung in der *Lega Nord* (LN) gefunden (Diamanti 2003; Cento Bull and Gilbert 2001).

Es sind diese vier Grundgegebenheiten, die sich infolge der Wahlen 2013 verändert haben und auf die deshalb die folgenden Kapitel eingehen.

1 Zu den Wahlrechtsreformen vgl. auch die Beiträge von Markus Grimm sowie Francesco Marangoni und Luca Verzichelli in diesem Band.

3 Der Wendepunkt der Wahlen 2013 und die Regierung Renzi

Die nationalen Parlamentswahlen im Februar 2013 bildeten einen wichtigen Wendepunkt im politischen System Italiens – und zwar aus zwei Gründen: erstens, weil sie das Ende des Bipolarismus besiegelten und zweitens, weil sie das Phänomen der Fünf-Sterne-Bewegung zum ersten Mal in seinem vollen Potenzial gezeigt haben.

3.1 Das Ende des Bipolarismus

Das politische System der Republik Italien war immer stark polarisiert (Ieraci 2014). Während vor allem in den ersten Jahren eine Konkordanzdemokratie der regierenden Christdemokraten (DC) mit einer faktischen Beteiligung der kommunistischen Linken (PCI) herrschte, bei der lediglich die Nachfolgepartei des Faschismus (MSI) von der Beteiligung an der Macht ausgeschlossen war (Ignazi 1989), prägte in den 1960er Jahren ein „polarisierter Pluralismus“ mit „zentrifugalem Wettbewerb“ die Erste Republik (Sartori 1976) als eine Galaxie kleiner Parteien, die gemeinsam ein breites Spektrum politischer Positionen abdeckten (deshalb „pluralistisch“) und dabei untereinander so unvereinbare Positionen vertraten (deshalb „polarisiert“), dass lediglich Koalitionen mit dem christdemokratischen Zentrum möglich waren.

Auf diesen Pluralismus der Ersten Republik folgte der polarisierte, majoritäre, aber auch „fragmentierte“ (D’Alimonte 2005) Bipolarismus der Zweiten Republik. Es war ein System, in dem zwei breitgefächerte, alternative Wahlbündnisse um die Macht rangen. Von ihrer jeweiligen (von Wahl zu Wahl variierenden) Zusammensetzung hingen die – letztlich aber vorhersehbaren – Wahlergebnisse ab (ebd.). In diesem Sinn galt das System als „destrukturiert“ (Pasquino und Valbruzzi 2015). Dabei nutzte der Wettbewerb Mechanismen, die das Mehrheitswahlrecht bot und die auch nach der Rückkehr zum Verhältniswahlrecht beibehalten wurden. Das Mehrheitsprinzip ist lange das „unüberschreitbare Tabu des neuen Italien, das Symbol des Bruchs mit der Vergangenheit“, sozusagen der Gründungsmythos der Zweiten Republik gewesen (Calise 2006: 11). Selbst nach der Rückkehr zum Verhältniswahlrecht im Jahr 2005 ist, wie im Folgenden gezeigt wird, der Bipolarismus erhalten geblieben, hauptsächlich in Gestalt der zur Wahl des Ministerpräsidenten vorgeschlagenen Kandidaten. Das Mehrheitsprinzip hat sich damit in der politischen Kultur Italiens als das probate Mittel für die Wahl des Regierungschefs durchgesetzt.

Mit den Wahlen im Februar 2013 hat sich dies verändert. Genau genommen ist diese Veränderung mit dem Ende der Regierung (und der Ära) Berlusconi im Jahr 2011 eingetreten. Vielleicht ist gerade das Ende Silvio Berlusconis ein weiteres

Anzeichen für das Ende der Zweiten Republik. Es ist dies nicht der Ort, den Einfluss Berlusconis auf das italienische Parteiensystem und die italienische Politik zu analysieren. Der Einfluss war fraglos enorm und hat die 20 Jahre der Zweiten Republik entscheidend geprägt (Donovan 2015), er darf allerdings auch nicht überbewertet und nicht alles seiner Person allein zugeschrieben werden. Vielmehr gab es Tendenzen, die bereits im Gange waren und die Berlusconi geschickt zu seinem Vorteil auszunutzen verstand (Lanzalaco 2014).

Die turbulente Regierungszeit von Berlusconis viertem Kabinett (beginnend im Jahr 2008) erreichte ihren Höhepunkt im Sommer 2011 (Baldini 2013), als die Europäische Zentralbank (EZB) und der Internationale Währungsfonds (IWF) in einem eigentlich geheimen Brief, der dann aber in allen Zeitungen veröffentlicht wurde, radikale Reformen forderten, welche die Regierung jedoch nicht in die Tat umsetzte (Jones 2012). Das Kabinett (und seine parlamentarische Mehrheit) überlebten noch ein paar Monate, bevor Berlusconi am 11. November zurücktrat. Die politischen Parteien zeigten sich außerstande, die Krise anzugehen (Bosco und McDonnell 2012; Ceccarini et al. 2012): Die Mehrheit Berlusconis war unfähig zu regieren und die oppositionellen Kräfte hatten keine praktikablen Alternativen anzubieten.

In den dramatischen Monaten der Jahre 2011 und 2012 wurden die Parteien gewissermaßen in die Nebenrolle gedrängt: zuerst vom damaligen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano, der eine Schlüsselrolle bei der Bildung der Regierung Mario Montis spielte, und danach von dieser Regierung selbst, einer der technokratischsten, die Italien je hatte (Marangoni 2012). Nach der Einsetzung der Regierung Monti wurde von einigen Beobachtern behauptet, Italien besitze, genauso wie Griechenland, wo ebenfalls eine technokratische Exekutive an die Macht gekommen war, lediglich eine begrenzte Souveränität, da die Regierung über keine auf Wahlen beruhende Legitimation verfüge und sie nur durch externen Druck zustande gekommen sei (Olivetti 2012). Die Enttäuschung über die mageren Resultate der Regierung Monti führte alsbald zu einem Zuwachs an sozialem und politischem Unmut, der zwar nicht zu massenhaften Straßenprotesten wie in anderen EU-Ländern führte (Zamponi 2012), sich aber in den Ergebnissen der vorgezogenen Wahlen im Februar 2013 zeigte. Die Beurteilung der Regierung der externen Fachleute unter Mario Monti ist unter Beobachtern und Politikwissenschaftlern umstritten (Marangoni 2013; Marangoni und Verzichelli 2014).

Die Wahlen 2013 zeigten dann zweierlei, nämlich erstens eine gesunkene Wahlbeteiligung und zweitens eine geringere Konzentration der Wählerstimmen auf die beiden größten Listenverbindungen:

Die geringe Wahlbeteiligung war ein ambivalentes Ergebnis, da sich einerseits zum ersten Mal in der Geschichte Italiens weniger als 80 % der Wähler am Urnengang beteiligte (Itanes 2013). Der prozentuale Anteil der Wähler lag mit 75,2 %

nochmals um 6 Prozentpunkte unter dem des Wahlgangs 2008, der bereits einen starken Rückgang der Wahlbeteiligung gegenüber 2006 verzeichnet hatte (80,5 % gegenüber 83,6 %). Andererseits war dieser Rückgang gemessen am Durchschnitt der Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen in den letzten 20 Jahren – obschon stärker als erwartet – gleichwohl kein dramatischer Einbruch, denn im europäischen Vergleich erscheint die Wahlbeteiligung des Jahres 2013 vielmehr als ein eher normales Phänomen (Tuorto 2013) und die im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Beteiligung früherer Jahre dagegen als das Außergewöhnliche.

Die Attraktivität der beiden größten Koalitionen, sprich der größten Parteien und deren Verbündeter, und somit die bipolare Konzentration haben mit der Zeit erheblich abgenommen. Im Jahr 2013 büßten die Koalitionen 30 % bzw. fast die Hälfte ihrer Wählerschaft von 2008 ein (Passarelli 2013a). Im Zeitraum 1994 bis 2008 war der Anteil der Wähler der beiden (größten) Wahlbündnisse nie unter 80 % gesunken; 2013 lag dieser dann nur noch bei ca. 58 % (Bolgherini und Grimaldi 2017; Chiaramonte 2007). Im Zeitraum 1994–2008 vereinten die beiden größten Parteien *Forza Italia* (FI) bzw. *Partito Democratico* (PD), bzw. dessen Vorgänger *Partito Democratico della Sinistra* (PDS, 1991–1998) / *Democratici di Sinistra* (DS, 1998–2007), für sich genommen, also ohne ihre Koalitionspartner in den Bündnissen *Polo per le Libertà*² (PDL, Mitte-rechts) bzw. *L'Ulivo* (Mitte-links), zusammen ungefähr die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich – bei den Wahlen für die Abgeordnetenversammlung (*Camera dei deputati*) – und auch 2013 erreichten sie noch eine Zustimmung von 51 %. Der Unterschied zu vorher besteht aber darin, dass die sogenannten dritten Kräfte bis 2013 weit davon entfernt waren, den Hegemonialparteien den Rang abzulaufen: Die Linke lag seit den 1990er Jahren bis heute bei etwa 8 %, die *Lega Nord* bei 6 % und die sogenannten Zentrumsparteien bei 6,5 %. Dagegen hat sich 2013 der M5S mit einem Ergebnis von 25,56 % der Wählerstimmen eindeutig als neuer dritter Pol im Parteienwettbewerb etabliert und die Vorrangstellung der beiden großen Parteien PD und *Popolo della Libertà* (PdL)/FI aufgebrochen.

3.2 Der Aufstieg des *Movimento 5 Stelle*

Der M5S ist wegen seiner Wahlerfolge und seiner Wirkungen auf das Parteiensystem, die Medien und politische Kommunikation, hinsichtlich der Beziehung zur politischen Führungsfigur und zur Wählerschaft sowie mit Blick auf die Organisationsform von Parteien eines der wichtigsten politischen Phänomene

2 Der *Centrodestra* sammelte sich 1996–2000 unter dem Namen *Polo per le Libertà* und ab 2000 bis zur Gründung des *Popolo della Libertà* 2008 als *Casa delle Libertà*.

in der Parteienlandschaft Italiens. Dieser dritte Pol versteht sich als antipolitisch oder besser als eine Anti-Parteien-Bewegung (Lanzalaco 2014), d. h. jenseits der Rechts-links-Achse, doch ist er auch als Anti-System-Bewegung betrachtet worden (Pasquino und Valbruzzi 2015). Die Literatur zu diesem Thema ist mehr als umfangreich (Lanzone 2015; Tronconi 2015a; Corbetta und Gualmini 2014; Diamanti 2014; Mosca 2014; Bordignon und Ceccarini 2013). Was hier interessiert, ist die Tatsache, dass mit dem erfolgreichen Eintritt des M5S in die Politik ein neuer Tripolarismus geschaffen wurde, der sich auch zwei Jahre später bei den Wahlen auf regionaler Ebene bestätigt hat (Bolgherini und Grimaldi 2015, 2016; Tronconi 2015b).

Im Unterschied zu früheren dritten Polen (oder denen, die eine solche Stellung anstrebten) hat der M5S bei den Wahlen 2013 sogar die relative Mehrheit der Stimmen erhalten (rund 8.700.000) und zwar ziemlich gleichmäßig über das ganze Staatsgebiet verteilt (Passarelli 2013a), was einem Anteil von 25,56 % entspricht. Der PD erhielt für sich genommen 25,43 % der Stimmen bzw. 29,55 % in der Listenverbindung mit seinen Bündnispartnern; der PdL erhielt allein 21,56 % der Stimmen bzw. 29,18 % mit den Verbündeten zusammen. Der M5S hat von allen politischen Lagern Stimmen abgezogen: ein Drittel aus dem rechten, ein Drittel aus dem linken, ein Drittel aus dem Lager der Nichtwähler (Diamanti et al. 2013: 21).

Abgesehen davon, dass Beppe Grillos M5S sich als dritter Pol konstituiert und dem italienischen Bipolarismus ein Ende gesetzt hat, zeigt die Bewegung auch das Potenzial, die anderen drei genannten typologischen Merkmale der Zweiten Republik – Personalisierung, Medialisierung und Verankerung im Territorium – aus den Angeln heben zu können. Hinsichtlich der Verankerung im Territorium ist bereits oben erwähnt worden, dass der M5S eine diffuse Verbreitung im ganzen Staatsgebiet genießt und eine überregionale (und besondere) Organisationsstruktur aufweist (Vignati 2015; Bordignon und Ceccarini 2013). In diesem Sinne unterscheidet sich der M5S von anderen neuen Parteien wie der *Lega Nord*, die im Gegensatz zu den traditionellen Massenparteien in bestimmten und eng begrenzten Regionen verwurzelt waren bzw. sind, was ihnen dort zu besonderer Stärke verhalf. Dabei ist aber festzuhalten, dass auch die traditionellen Parteien wie der PD (aber auch seine Vorläufer, DS und PDS) oder der PdL (sowie dessen Hauptkomponenten, die FI und *Alleanza Nazionale* (AN)) immer stärker in der einen oder anderen Makroregion verankert waren: der PD im Zentrum, FI und AN im Norden und Süden. Die Tendenz des M5S hin zu einer Entkoppelung vom Territorium hat sich auch bei den Regionalwahlen 2015 (Bolgherini und Grimaldi 2015) und den Kommunalwahlen 2016 bestätigt (Emanuele et al. 2016).

Medialisierung und Personalisierung schließlich sind im M5S eng verbunden. Während die politische Kommunikation in der Zweiten Republik durch die Fernsehsender Berlusconi geprägt war, setzt der M5S neben traditionellen Medien

nun vor allem auf neue wie das Web 2.0, d. h. auf multimediale und digitale Praxis (Mosca et al. 2015; Lanzone 2014). Die Personalisierung ist im M5S in der Figur von Beppe Grillo, dem Gründer der Bewegung, äußerst präsent (Vignati 2015; Bordignon und Ceccarini 2013). Eine neue Qualität ist, dass sich die parteiinternen Beziehungen sowohl auf der horizontalen Ebene, also in der Beziehung der aktiven Mitglieder der Bewegung untereinander, als auch auf der vertikalen Ebene, also zwischen ihnen und dem „*Capo*“ (*Leader*) der Bewegung (Bordignon 2013), web-basiert gestalten. Daneben bedeutete aber auch die Rückkehr zum Format der Wahlveranstaltungen des *Leaders* auf offenen Plätzen eine Aufhebung der Distanz zwischen dem Einzelnen und der Menge. Doch auch die Phase nach den Wahlen 2013 bedeutete aufgrund von zwei weiteren neuen Vorkommnissen, auf die im Folgenden noch einzugehen sein wird, eine historische Zäsur.

3.3 Die Regierung Renzi

Auf die Wahlen im Februar 2013 folgte eine Zeit des Stillstands. Keines der Wahlbündnisse war alleine groß genug, um regieren zu können und zugleich schien zwischen den drei Polen zunächst keine Allianz möglich zu sein. Erst nach Monaten des erfolglosen Verhandeln entstand die Regierung Letta (29. April), die erste Große Koalition in der Geschichte Italiens³ (Marangoni und Verzichelli 2015; Vegetti et al. 2014). Eine Woche zuvor war Giorgio Napolitano als Präsident der Republik wiedergewählt worden (20. April), auch das ein bis dahin nie gesehenes Ereignis in der italienischen Geschichte, denn erstmals wurde ein Präsident mit einem zweiten siebenjährigen Mandat ausgestattet⁴ (Pasquino 2015). Beide Vorkommnisse sind eng miteinander verknüpft, weil die Wiederwahl des Präsidenten den Weg zur Großen Koalition ebnete (Baldini 2013). Kaum ein Jahr später, im Februar 2014, löste Matteo Renzi nach einem parteiinternen Machtkampf Enrico Letta an der Spitze der Regierung ab (Forestiere 2015).

Mit dem Regierungsantritt Renzis bekam die Debatte um Reformen sofort neuen Auftrieb: Neben den Institutionen und der Verfassung sind auch andere Bereiche, wie die öffentliche Verwaltung und der Arbeitsmarkt, reformbedürftig

-
- 3 Die Große Koalition bestand aus dem PD, der *Scelta Civica* (SC, Partei Mario Montis), der *Unione di Centro* (UdC, Christdemokraten), dem *Nuovo Centrodestra* (NCD, Abspaltung des PdL), bis zum 26.11.2013 auch mit Beteiligung des PdL/FI und mit Unterstützung weiterer kleinerer Parteien.
 - 4 Napolitano hatte bereits vor der Wahl angekündigt, die Amtszeit nicht ausfüllen zu wollen und gab sein Amt tatsächlich am 14. Januar 2015 vorzeitig auf. Ihm folgte Sergio Mattarella als neuer Staatspräsident.

und stehen daher seit Jahren mehr oder weniger weit oben auf der politischen Agenda (Hanretty und Profeti 2015). Die Führung Renzis, der in seiner Funktion als *Presidente del Consiglio* und *Segretario del PD* zugleich Regierungschef und Vorsitzender seiner Partei war, wurde von Beginn an, gerade in Bezug auf Machtfülle und Regierungsstil, mit jener Berlusconi's verglichen (Bordignon 2014, 2013), wies aber zweifellos einige Neuheiten bezüglich des Kommunikationsstils sowie hinsichtlich der Beziehung zur Ideologie und zur Partei als Organisation auf (ebd.). An dieser Stelle wird der Fokus auf den Inhalten und Folgen der institutionellen Reformen liegen, welche die Regierung Renzi einführen wollte, und dabei vor allem jenen Elementen Aufmerksamkeit schenken, die sich von den gegebenen politisch-institutionellen Merkmalen der Zweiten Republik unterscheiden bzw. unterscheiden sollten. Insbesondere werden die Wahlrechtsreform, das sogenannte *Italicum*, und die gescheiterte Verfassungsreform der zuständigen Ministerin Elena Boschi behandelt, die u. a. eine Reform des Senats umfasste. Beide Reformen waren als Paket gedacht, d. h. sie hätten gemeinsam (ergänzt um die Reform der lokalen Gebietskörperschaften, die 2014 bereits als *legge Delrio*⁵ verabschiedet worden war) eine wichtige Veränderung der Funktionsweise des politischen Systems Italiens bedeutet. Wie wir im Folgenden sehen werden, ist dieser Versuch durch den Ausgang des Referendums vom 04. Dezember 2016 nahezu vollständig gescheitert. Die Verfassungsreform ist seit dem negativen Votum ausgesetzt.

4 Die Wahlrechtsreform: das *Italicum*

Die Literatur zu den Auswirkungen von Wahlsystemen auf politische Systeme gehört zu den Klassikern der Politischen Wissenschaft, vom Standardwerk von Rae (1967) bis zur Debatte um das sogenannte „Duverger Gesetz“ (Sartori 1986; Riker 1982)⁶. Auch in Italien haben die Übergänge von einem Wahlsystem zum anderen zu einer Auseinandersetzung über die möglichen Effekte auf das politische System und das Parteiensystem des Landes geführt. Das Thema der Wahlrechtsreform bildet im politischen System Italiens überhaupt eine Konstante (Almagisti und Verzichelli

5 Benannt nach Graziano Delrio, der in der Regierung Letta als Regionalminister für das Gesetz verantwortlich war.

6 Das sogenannte „Duverger Gesetz“ besagt, dass die Verhältniswahl die Tendenz zu einem Mehr- oder Vielparteiensystem begünstigt, während das Mehrheitswahlrecht eine Konzentration fördert: bei nur einem Wahlgang ein Zweiparteiensystem, bei einem zweiten Wahlgang zwei ideologisch mehr oder weniger homogene Parteienblöcke.

2014), die man auch bestimmten politischen Zyklen zuordnen kann (Baldini 2011). So folgte auf Wahlrechtsreformen (z. B. nach dem Kriegsende 1946 und als Folge der *Tangentopoli*-Ermittlungen 1993), die einer speziellen politisch-historischen Situation geschuldet waren, jeweils ein Korrekturversuch (so 1953 und 2005) aus dem Inneren des politischen Systems heraus, welcher die Erfolgchancen der bestehenden Parteien zu bewahren versuchte. Auf diese Wahlrechtsänderungen folgten wiederum von der Öffentlichkeit geforderte weitere Reformen (1954–1957) oder zumindest Reformversuche (2007–2009), die letztlich jeweils in einer Phase der Blockade weiterer Reformmöglichkeiten mündeten. Diese konnten bzw. können in der Regel dann erst durch eine große überparteiliche Initiative aufgebrochen werden, da im Allgemeinen auch die öffentliche Akzeptanz einer solchen Reform bei überparteilicher Unterstützung und nach Krisen des politischen Systems größer ist.

In der italienischen Verfassung ist das Wahlsystem nicht verankert und so kann eine Wahlreform durch ein einfaches Gesetzgebungsverfahren in die Wege geleitet und verabschiedet werden. In einem einflussreichen Aufsatz zeigte Richard Katz (2005), dass es in den konsolidierten Demokratien der Nachkriegszeit nur selten – eigentlich auch seltener als zu erwarten wäre – zu Änderungen des Wahlsystems gekommen ist. Der italienische Fall nimmt damit eine Sonderstellung ein, denn im Verlauf der letzten 20 Jahre sind hier insgesamt vier Wahlrechtsreformen durchgeführt worden: Die erste stammt aus dem Jahr 1993 und wurde nach ihrem Urheber, Sergio Mattarella, *Mattarellum* genannt. Es bestand in der Abkehr vom langjährigen reinen Verhältniswahlrecht der Ersten Republik und in der Einführung eines gemischten Wahlsystems mit einer Betonung des Mehrheitswahlrechts. Die zweite Reform wurde im Dezember 2005 verabschiedet und rasch als *Porcellum* bekannt, da die regierende Mitte-rechts-Regierung das Wahlrecht vermeintlich (und letztlich erfolglos) zu ihrem Vorteil gestaltet hatte. Bei dieser dominierte nun wieder das Verhältniswahlrecht, welches jedoch um eine Mehrheitsprämie für die stärkste Listenverbindung erweitert wurde. Die dritte Reform wurde Anfang 2014 nach einem Urteil des Verfassungsgerichts notwendig, das Teile des Wahlrechts von 2005 für nicht verfassungskonform erklärt hatte. Eine vierte Reform (*Italicum*) wurde am 04. Mai 2015 vom Parlament verabschiedet. Mit ihr wurde wiederum ein gemischtes Wahlsystem eingeführt, ähnlich dem von 2005, aber in einer modifizierten Form (Chiaromonte 2015). Im Folgenden werden diese vier Reformen näher betrachtet.

4.1 Die italienischen Wahlrechtsreformen seit 1993

Das über lange Jahre geltende Verhältniswahlrecht wurde erstmals 1993 durch ein Mischsystem ersetzt, das derselbe Mann verfasste, der am 31. Januar 2015 zum

12. Staatspräsidenten gewählt wurde: Sergio Mattarella. Der Politologe Giovanni Sartori prägte daher den Begriff *Mattarellum*. Unter dem Druck zweier Referenden (1991 wurden die Präferenzstimmen von vier auf eine verringert, 1993 sprachen sich die Wähler im Rahmen eines abrogativen Referendums für die Einführung des Mehrheitswahlrechts im Senat aus) wurde mit dem *Mattarellum* nach Jahren der Verzögerung und kurz vor Ende der Legislatur ein neues Wahlsystem verabschiedet (Caciagli 2009): 75 % der Sitze im Abgeordnetenhaus (*Camera*) wurden nun nach dem Mehrheitswahlrecht vergeben, eine Zweitstimme entschied über die proportionale Verteilung des letzten Viertels der Sitze, zudem wurde eine 4%-Sperrklausel eingeführt (Köppel 2007: 103). Demnach wurden Parteien und Gruppierungen gezwungen, Allianzen und Wahlbündnisse einzugehen, um gemeinsame Kandidaten in den Einer-Wahlkreisen aufzustellen. Dieses Wahlgesetz galt für die Wahlen 1994, 1996 und 2001.

Kaum 12 Jahre nach der Reform des Jahres 1993 wurde das Wahlsystem jedoch geändert. Im Herbst 2005 wurde von der Regierungsmehrheit und gegen den Willen der Opposition ein neues Wahlsystem eingeführt. Es etablierte wiederum ein Verhältniswahlrecht, jedoch verbunden mit einer Mehrheitsprämie, letztlich also wieder ein Mischsystem. Die Mehrheitsprämie sah vor, dass die Partei oder die Listenverbindung mehrerer Parteien, welche die relative Mehrheit der Stimmen gewinnt, 54 % der Sitze in der ersten Kammer erhält, d. h. (mindestens) 340 von 630 Sitzen, die nach Proporz unter den Parteien der siegreichen Liste verteilt werden. Im Senat wurde diese Mehrheitsprämie auf regionaler Basis der Partei oder Koalition zuerkannt, die die meisten Stimmen in der jeweiligen Region erhielt. Die Sperrklausel wurde differenziert zwischen Parteien (3 % im Senat und 4 % in der *Camera*) und Listen (20 % im Senat und 10 % in der *Camera*). Autor dieses Gesetzes war der Senator der *Lega Nord*, Roberto Calderoli. Doch nachdem dieser sein Werk in einem Interview selbst als „*una porcata*“ (Schweinerei) bezeichnet hatte⁷, erhielt es – wiederum durch Sartori – den Beinamen *Porcellum*. Es wurden zwei Versuche unternommen, das *Porcellum* durch abrogative Referenden zu reformieren. Der erste fand im Jahr 2009 statt und hätte, falls dieser erfolgreich gewesen wäre, die Mehrheitsprämie der größten Partei anstatt der größten Koalition zuerkannt. Folglich unterstützten die großen Parteien das Referendum, während die kleineren es ablehnten. Der Vorschlag wurde zwar von 77,6 % der Wähler akzeptiert, da aber die Beteiligung an diesem Referendum bei lediglich 23,3 % lag, wurde

7 Da es u. a. bewusst so formuliert war, dass die großen linken und rechten Parteien gezwungen sein sollten, die Parteien des Zentrums und die *Lega Nord* mit attraktiven Angeboten in ihre Listenverbindungen zu locken – ein Kalkül, das jedoch weniger erfolgreich war, als von den Urhebern angenommen.

das nötige Quorum von 50 % der Wahlberechtigten verfehlt (Baldini 2011). Ein weiterer Anlauf für ein Referendum wurde 2011 unternommen⁸, diesmal mit dem Ziel der Wiedereinführung des Wahlrechts von 1993. Doch auch dieser Versuch scheiterte: Das Verfassungsgericht wies das Vorhaben zurück, da der vorgelegte Text die geplante Wahlregelung nicht klar genug formuliert hatte (Baldini und Renwick 2015). Das *Porcellum* blieb daher in Kraft, bis sich schließlich im Jahr 2013 die Ausgangslage änderte.

Nach der Pattsituation der Parlamentswahlen 2013 setzte die Regierung Letta ein Komitee für eine Verfassungsreform ein, das sogenannte „Komitee der 35 Weisen“, und unterstellte es dem Vorsitz des Ministers für Verfassungsreform, Gaetano Quagliariello. Dieses Komitee konnte sich nicht auf einen Vorschlag zur Wahlrechtsreform einigen, plädierte aber für drei vorrangige Maßnahmen: Reduktion der politischen Fragmentierung, Begünstigung einer Mehrheitsbildung und Stärkung der Beziehung zwischen Wählern und Repräsentanten. Mit der Entscheidung Nr. 1/2014 (erst im Januar publiziert, aber schon Anfang Dezember 2013 verkündet) erklärte dann das Verfassungsgericht das *Porcellum* wegen des unverhältnismäßig großen Gewichts der Mehrheitsprämie sowie aufgrund der vom Wähler nicht beeinflussbaren Wahllisten für verfassungswidrig, da diese genannten Faktoren den demokratischen Willen und die Repräsentation des Wählerwillens nach Auffassung des Verfassungsgerichts verfälschten. Die Folge war zunächst kurzfristig die Abschaffung der Mehrheitsprämie und die Wiedereinführung einer Präferenzstimme, mit der die Wähler auf die Listenreihung Einfluss nehmen können, wodurch insgesamt der Verhältniswahlcharakter gestärkt wurde (*Consultellum*⁹).

Vor diesem Hintergrund flammte zu Beginn des Jahres 2014 die Debatte um eine Reform des Wahlrechts wieder auf. In diesen Kontext gehört auch und gerade die Wahl Matteo Renzis am 08. Dezember 2013 zum neuen Parteivorsitzenden des PD. Denn Renzis Kampagne um die Wahl des Vorsitzenden hatte die Notwendigkeit entscheidender Reformen, sowohl im Bereich der ökonomischen wie auch der politischen Strukturen, in den Vordergrund gestellt und im Reformpaket, das die Regierung Renzi wenig später den Parlamentskammern (aber auch dem Land und damit den Wählern) präsentierte, nahm die Wahlrechtsreform tatsächlich eine herausragende Stellung ein.

8 Die Initiative für ein neues Referendum ging von einem überparteilichen Komitee aus, dessen Ziele u. a. von *Sinistra Ecologia Libertà* (SEL), Teilen des PD und der Partei *Italia dei Valori* (IdV) unterstützt wurden.

9 Nach seinem Amtssitz im *Palazzo della Consulta* auf dem Quirinale wird das italienische Verfassungsgericht (*Corte costituzionale della Repubblica Italiana*) oft auch als „*Consulta*“ bezeichnet.

4.2 Der Weg zum *Italicum* und dessen Inhalt

Im Januar 2014 stellte Matteo Renzi zunächst drei ganz unterschiedliche Modelle von Wahlsystemen zur Diskussion¹⁰ und traf sich wenig später mit dem Oppositionsführer Silvio Berlusconi (FI) zu Verhandlungen, um zu einer Vereinbarung zu kommen. Die letztlich gefundene Übereinkunft erhielt, in Anlehnung an den Treffpunkt der Verhandlungen, dem Hauptsitz des PD¹¹, den Namen „Nazareno-Pakt“ (*Patto del Nazareno*). Das dabei vorgeschlagene Wahlsystem ähnelte stark den Grundsätzen einer vom „Komitee der 35 Weisen“ ausgearbeiteten Vorlage (Baldini und Renwick 2015).

In den folgenden Monaten wurden jedoch einige bedeutsame Änderungen an dem Gesetzentwurf vorgenommen, die schließlich zum Bruch des Nazareno-Pakts zwischen Renzi und Berlusconi führten. Nach turbulenten Debatten im Parlament beschloss die Regierung Renzi, den *Italicum* genannten Entwurf in der Schlussabstimmung des Abgeordnetenhauses mit der Vertrauensfrage zu verknüpfen. Das Gesetz konnte so im Mai 2015 vom Parlament erfolgreich verabschiedet werden.

Das neue Wahlrecht (*Italicum*) unterschied sich deutlich von dem ein Jahr zuvor gemachten Vorschlag (Baldini und Renwick 2015) und ähnelte stark jenem System aus dem Jahr 2005, das der Verfassungsgerichtshof 2013 teilweise für verfassungswidrig erklärt hatte. Es handelt sich formal um ein Verhältniswahlsystem, jedoch wiederum ausgestattet mit einer Mehrheitsprämie. Einige Unterschiede sind dennoch ersichtlich: Erstens wurde der Mehrheitsaspekt stärker akzentuiert, indem die Prämie derjenigen Partei, welche die meisten Stimmen erhält, zugesprochen wird (ggf. nach einer zweiten Wahlrunde) und nicht länger einer möglichen Listenverbindung¹². Die siegreiche Partei erhält 340 Sitze, vorausgesetzt sie erreicht 40 % der gültigen Stimmen auf gesamtstaatlicher Ebene. Falls keine Partei diese Schwelle erreicht, wird zwei Wochen später zwischen den beiden bestplatzierten Parteien eine Stichwahl anberaumt. Das bedeutet, dass mit dieser Reform, wie immer das Wahlergebnis ausfallen mag, eine Mehrheit garantiert ist. Eine Partei erhält entweder nach der ersten oder nach der zweiten Runde 340 Sitze, das sind 54 %.

Zweitens wurde das Wahlgesetz in gewisser Hinsicht für die kleinen Parteien günstiger gestaltet, indem die Sperrklauseln gegenüber der ursprünglichen Vorlage

10 Zur Debatte standen ein „korrigiertes“ *Mattarellum* mit Mehrheitsbonus, das spanische Wahlsystem und das italienische Kommunalwahlsystem (das „*Sindaco d'Italia*“, also „Bürgermeister Italiens“ genannt wurde).

11 Der PD sitzt im „*Palazzo del Collegio Nazareno*“ am Largo del Nazareno.

12 Im Gegenteil: Die Möglichkeit zur Bündnisbildung ist im zweiten Wahlgang ausdrücklich untersagt.

massiv herabgesetzt wurden: Die gesamtstaatliche Hürde liegt nun bei nur 3 % der gültigen Stimmen.

Drittens führt das Gesetz mehrere, einzelne Kandidaten betreffende Regelungen ein: Erstmals wurden Geschlechterquoten vorgesehen. In den Wahllisten der einzelnen Parteien müssen Kandidaten beider Geschlechter in gleicher Anzahl und abwechselnd vertreten sein. Werden diese Vorschriften nicht eingehalten, wird die Liste aus dem Wahlgang ausgeschlossen.

Daneben wurden die Präferenzstimmen, die mit dem *Porcellum* abgeschafft worden waren, wieder eingeführt, wovon der Listenerste jedoch ausgenommen ist, er wird weiterhin von der Partei bestimmt. Damit ging man von den „blockierten Listen“ des ersten *Italicum*-Entwurfs zu einem flexibleren System über, welches dem Wähler größere Einflussmöglichkeiten einräumt.

Die Verabschiedung dieses neuen Wahlgesetzes mithilfe der Vertrauensfrage und ohne breiten überparteilichen Konsens löste in der Öffentlichkeit zunächst Proteste und schließlich eine Unterschriftensammlung für ein abrogatives Referendum aus. Letztlich wurde das Datum, an dem das neue Wahlrecht in Kraft treten sollte, auf den 01. Juli 2016 festgesetzt, da man davon ausging, dass auch die Parlamentsreform als Teil der geplanten Verfassungsreform bis dahin den parlamentarischen Prozess durchlaufen hätte.

Durch die Ablehnung der Verfassungsreform in dem Referendum vom 04. Dezember 2016 wurde die Wirkung der Wahlrechtsreform allerdings ernstlich in Frage gestellt, weil dadurch das symmetrische Zweikammersystem beibehalten wurde, das *Italicum* aber lediglich die Reform der Wahl des Abgeordnetenhauses, nicht aber des Senats regelt, da jener gemäß der Intention der Verfassungsnovelle ja nicht mehr länger direkt gewählt werden sollte, worauf später noch zurückzukommen sein wird.

Nach den Kommunalwahlen vom Juni 2016, die für den PD eher negativ ausgegangen waren, für den M5S dagegen einen historischen Erfolg bedeuteten¹³, ließ Renzi durch entsprechende öffentliche Einlassungen Hoffnungen auf weitere Änderungen am *Italicum* aufkommen. Mit diesem eindeutig politisch-strategischen Schritt erhielt die Debatte um das Wahlsystem neuen Schwung.¹⁴ In den

13 So gewann der M5S die Stichwahl in Turin und konnte sich zudem in der Hauptstadt durchsetzen, indem er die erste Frau in das Amt des Bürgermeisters von Rom brachte. Eine Analyse der Ergebnisse bieten Emanuele et al. (2016) und die Pressemitteilungen des Istituto Cattaneo (<http://www.cattaneo.org/press/>).

14 Ende Juni 2016 wurde im Parlament ein Antrag der *Sinistra Italiana* (SI), zusammen mit anderen Anträgen von M5S und der Rechten, angenommen, der für September, also noch vor dem Verfassungsreferendum, die Verfassungsmäßigkeit des Wahlgesetzes zur Debatte stellte, welche im Abgeordnetenhaus entsprechend ausgetragen wurde. Die Vorschläge

folgenden Monaten äußerte Renzi mehrmals, dass man das *Italicum* noch abändern könne, sollte es dafür eine Mehrheit im Parlament geben. Anfang November 2016, mithin kurz vor dem Referendum über die Verfassungsreform und nach öffentlich gewordenen parteiinternen Streitigkeiten, einigte man sich im PD auf einen Kompromissvorschlag einer entsprechenden Parteikommission zum Wahlgesetz. Der Vorschlag integriert Anträge von Minderheiten innerhalb des PD (und Teilen der Opposition) bezüglich einer Revision des Präferenzstimmensystems und der Stichwahlen. Der Kompromiss bleibt jedoch vage und ohne konkrete Aussagen.

Nach dem Verfassungsreferendum am 04. Dezember 2016 und dem daraus folgenden Rücktritt Renzis als Ministerpräsident (aber zunächst nicht als Parteivorsitzender des PD), entflammte selbstverständlich aufs Neue die Debatte über die Notwendigkeit einer Revision des *Italicums*. Dabei reichten bzw. reichen die Handlungsoptionen der neuen Regierung Gentiloni von einer Überarbeitung des *Italicums* im oben genannten Sinne bis zur Wiedereinführung des *Mattarellums*. Diese letztgenannte Option wurde von Matteo Renzi noch in seiner Funktion als Parteichef vorgeschlagen und von seiner Partei unmittelbar nach dem Referendum unterstützt. Die Opposition war bzw. ist in dieser Frage dagegen uneinig.

Am 25. Januar 2017 erklärte das italienische Verfassungsgericht das *Italicum* in einem mit Spannung erwarteten Urteil für teilweise verfassungswidrig. Erneut ist damit ein Wahlgesetz von der *Consulta* korrigiert worden: So wurde der zweite Wahlgang als Stichwahl zwischen den zwei stärksten Listen für unzulässig erklärt. Die Mehrheitsprämie für diejenige Partei, die mindestens 40 % der Stimmen erlangt, wurde vom Verfassungsgericht hingegen für statthaft erklärt, ebenso wie die Zulässigkeit der Mehrfachkandidaturen in Wahlkreisen. Bei den Mehrfachkandidaturen schränkt das Urteil allerdings die freie Wahl des Listenführers ein, in welchem Wahlkreis er den Sitz letztlich annimmt. Dank dieser bis dato geltenden Regelung konnte der Spitzenkandidat darüber entscheiden, welche Abgeordneten nachrücken und welche nicht. Das Verfassungsgericht verlangt hierfür zukünftig einen Losentscheid.

Vom Wahlgesetz *Italicum* ist damit *de facto* ein Verhältniswahlrecht übrig geblieben, das mit dem neuen Rufnamen *Legalicum* bedacht wurde, der seine juristische Urhebererschaft ausdrücken soll. Das Wahlgesetz bzw. was davon nach dem Urteil bleibt, wurde vom Verfassungsgericht als „sofort anwendbar“ bezeichnet. Dies bedeutet, dass – sofern von einer parlamentarischen Mehrheit gewünscht und beschlossen – Neuwahlen ohne eine vorhergehende Wahlrechtsreform statt-

der Opposition scheiterten jedoch, wohingegen der Vorschlag der Regierungsparteien verabschiedet wurde. Dieser postuliert allerdings nur die Option zu eventuell möglichen Änderungen.

finden können. In diesem Fall würden Abgeordnetenkommission und Senat nach zwei unterschiedlichen Wahlgesetzen gewählt, die beide Ergebnis einer Entscheidung des Verfassungsgerichts sind. Aktuell (Stand Mai 2017) gilt das *Legalicum* für die Wahl des Abgeordnetenhauses und das *Consultellum* für den Senat. Letzteres ist, wie bereits erläutert, eine modifizierte Fassung (mit Betonung der proportionalen Aspekte) des vom Verfassungsgericht korrigierten *Porcellums*. Im Falle eines Urnengangs ohne vorherige Wahlrechtsreform würden die beiden Kammern somit nach unterschiedlichen Wahlsystemen mit abweichenden Effekten gewählt: mit Mehrheitsbonus in der Abgeordnetenkommission und einem reinen Verhältniswahlrecht und mithin zu erwartender Fragmentierung im Senat, so dass mit Schwierigkeiten bei der Koalitionsbildung zu rechnen ist.

5 Die Verfassungsreform und das Referendum vom 04. Dezember 2016

Im Jahr 2018 wird die italienische Verfassung ihr 70-jähriges Bestehen feiern. Lange Zeit war die Verfassung von einer Aura der Unantastbarkeit umgeben. Erst seit den 1990er Jahren wird eine Verfassungsreform angestrebt (Ceccanti 2015a). Die Versuche, die Verfassung auf dem Wege eines allgemeinen Konsenses über eine Zwei-Kammer-Kommission zu revidieren, führten jedoch nicht zum erhofften Erfolg (Lanzalaco 2005, Grasse 2004). Bei der größten bislang in Italien durchgeführten Verfassungsreform von 2001, die den Abschnitt V (*Titolo V*) revidierte und die Beziehungen zwischen Regionen, Provinzen und Kommunen neu regelte, konnte weder eine große Mehrheit noch ein Konsens quer durch alle Parteien erreicht werden. Nur ein sogenanntes bestätigendes Referendum führte schließlich zur definitiven Annahme der Reform¹⁵. Im Jahr 2005 wurde eine weitere große

15 Art. 138 der Verfassung sieht das sogenannte *referendum confermativo* in Hinblick auf verfassungsändernde Gesetze und andere Verfassungsgesetze vor. Auch wenn ein solches Gesetz von den Mitgliedern beider Kammern bei der zweiten Abstimmung mit absoluter Mehrheit gebilligt worden ist, so muss es dennoch einer Volksabstimmung unterworfen werden, sofern dies entweder 1/5 der Mitglieder einer Kammer oder 500.000 Wähler oder 5 Regionalräte innerhalb von 3 Monaten nach seiner Veröffentlichung verlangen (Art. 138, 2). Ausgenommen sind Gesetze, die bei der zweiten Abstimmung von jeder Kammer mit Zweidrittelmehrheit angenommen worden sind (Art. 138, 3). Im Falle eines Volksentscheids kann eine Verfassungsänderung nur dann in Kraft treten, wenn sie die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält; ein Quorum ist nicht vorgesehen (Bolgherini 2016a: 782).

Verfassungsreform versucht, die als *devolution* betitelt wurde. Auch diese Reform wurde, wie die vorige, nur mit absoluter Mehrheit gebilligt und einem Referendum unterworfen, das allerdings zu ihrer Ablehnung führte.

Infolge dieser Niederlage hat eine generelle Verfassungsreform in der politischen Debatte an Bedeutung verloren. Zu Beginn der 2010er Jahre war weiterhin die Rede von der Notwendigkeit einer Verfassungsreform, in einigen Teilen, wobei drei Aspekte als reformbedürftig erschienen: die Überwindung des Zweikammersystems, die Stärkung der Exekutive und eine nochmalige Revision der Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie durch die Vervollkommnung der Reform des Abschnitts V (Bolgherini 2016b: 800).

Von 2014 bis 2016 wurde auf Initiative der Regierung Renzi ein weiterer Versuch unternommen, die Verfassung zu reformieren, aber auch in diesem Fall wurde bei der Abstimmung im Parlament keine Zweidrittelmehrheit erreicht. Folglich wurde die Reform einem sogenannten bestätigenden Referendum unterworfen, das am 04. Dezember 2016 stattfand. Wäre das Votum positiv ausgefallen, wäre es die größte Verfassungsreform in Italiens republikanischer Geschichte gewesen, da mehr als 40 Artikel, das entspricht 35 % der gesamten Verfassung und 60 % ihres zweiten Teils (Lanchester 2016), modifiziert worden wären. Das Referendum fiel aber, wie erwähnt, negativ aus: Bei einer Beteiligung von 65,5 % stimmten fast 60 % der Wähler (59,1 %) mit „Nein“, während nur 40,9 % mit „Ja“ stimmten. Die Verfassungsreform Renzi-Boschi wurde damit abgelehnt und mit dieser brach ein großer Teil der Reformen Renzis wie ein Kartenhaus zusammen.

Um die Reichweite der geplanten Veränderungen und deren mögliche Auswirkungen nachvollziehen zu können, so dass eine abschließende Reflexion zur italienischen Transition vorgenommen werden kann, wird im Folgenden die Reform des Senats untersucht, die zweifellos formell und inhaltlich die am deutlichsten erkennbaren Veränderungen bedeutet hätte.

5.1 Der Inhalt der Senatsreform

Ein charakteristisches Merkmal des politisch-institutionellen System Italiens ist bisher der „perfekte Bikameralismus“ (*bicameralismo perfetto*) gewesen, d. h. das Nebeneinander zweier verfassungsrechtlich gleichrangiger Kammern im Parlament, ausgestattet mit den gleichen Kompetenzen. Ferner sind beide Kammern durch eine starke Homogenität in der Repräsentanz charakterisiert (Mastropaolo und Verzichelli 2006). Es handelt sich daher genauer um einen paritätischen und redundanten Bikameralismus („*bicameralismo paritario*“, Pasquino und Pelizzo 2006) oder anders ausgedrückt: Beide Kammern weisen eine Übereinstimmung in

ihrer Zusammensetzung und Repräsentanz und eine symmetrische Verteilung der Kompetenzen auf. Das italienische System ist in dieser Hinsicht nicht das einzige, aber im Vergleich mit anderen Systemen sicher das extremste seiner Art (Russell 2013). Die Überwindung des paritätischen Zweikammersystems ist denn auch in den Diskussionen um die institutionellen Reformen eines der umstrittensten Themen. Auch in jüngster Zeit war dieses Ziel innerhalb des Komitees für die Verfassungsreform 2013 eines der vordringlichsten.

Die Senatsreform nahm ihren Ausgang mit der Regierung Renzi, die sie zu einem der Kernpunkte ihres Reformprogramms machte. Drei Leitvorstellungen standen dabei erklärtermaßen im Vordergrund: Es galt, die Exekutive zu stärken und dadurch Regierbarkeit zu garantieren, den Regionen, Provinzen und Kommunen eine angemessene territoriale Repräsentanz zu gewährleisten und die Kosten der Politik zu reduzieren. Renzi versuchte, die Befugnisse und Macht des Senats einzuschränken, indem er dessen Vetomacht in zahlreichen Bereichen in eine lediglich beratende oder aufschiebende Kompetenz umwandelte und dessen obligatorisches Vertrauensvotum gegenüber dem Ministerpräsidenten und seiner Regierung eliminierte. Ferner sollten Änderungen in der Zusammensetzung des Senats eingeführt werden. Dabei die Bürgermeister als Träger lokaler Repräsentanz in den Senat holen zu wollen, erklärt sich aus Renzis persönlichem Hintergrund und seiner Erfahrung als Bürgermeister von Florenz.

Wäre der Verfassungstext durch das Referendum bestätigt worden, hätte sich der neue Senat wie folgt zusammengesetzt: 74 Mitglieder aus den Regionalparlamenten, ernannt aus den eigenen Reihen; 21 Bürgermeister aus den Regionen (jeweils einer pro Region, inklusive der Regionen mit Autonomiestatut), die von den Bürgermeistern der regionalen Kommunen ernannt werden sollten. Der Senat hätte so aus insgesamt 95 Senatoren bestanden, die während der Dauer ihres Mandats auch in den territorialen Institutionen in ihren Ämtern hätten bleiben sollen. Fünf Senatoren – anerkannte Persönlichkeiten von nationaler Geltung – wären vom Staatspräsidenten auf sieben Jahre mit einem nicht erneuerbaren Mandat betraut worden.

Was die Befugnisse betrifft, sollte der Senat nicht mehr wie bisher den amtierenden Regierungen sein Vertrauen aussprechen müssen. Seine hauptsächliche Funktion hätte in der Mittlerrolle zwischen dem Staat und den Gebietskörperschaften der Republik, d. h. den Regionen und den Kommunen, bestehen sollen. Nur in einigen wenigen Angelegenheiten¹⁶ sollte der Senat ein Mitbestimmungsrecht behalten. Allerdings hätte er Vorschläge zur Änderung von Gesetzen, die nicht in seinen

16 Konkret bei Verfassungsreformen, Verfassungsgesetzen, den Wahlgesetzen der lokalen Körperschaften, den Gesetzen zu den Referenden, zu Familienrecht, Eherecht, Gesundheitsrecht und zur Ratifizierung der internationalen Abkommen.

Kompetenzbereich fallen, auf Verlangen von mindestens einem Drittel seiner Mitglieder unterbreiten können. Er hätte dieses Mitspracherecht jedoch in einer sehr kurzen Zeitspanne wahrnehmen müssen. Komplexer wäre die Rechtslage gewesen, sofern es sich um Gesetze hinsichtlich der Machtbefugnisse der Regionen und der lokalen Körperschaften handelt, die in den eigentlichen Kompetenzbereich des Senats fallen. Die Abgeordnetenkammer hätte in diesen Fällen die Änderungen des Senats nur mit absoluter Stimmenmehrheit zurückweisen können.¹⁷

Zunächst soll jedoch betrachtet werden, wie es zu dem bisher besprochenen Reformentwurf und zur vorläufigen Verabschiedung des Verfassungsreformgesetzes kam.

5.2 Der Weg zum Entwurf der Verfassungsreform von 2016

Nach Art. 138 müssen verfassungsändernde Gesetze und andere Verfassungsgesetze von jeder Kammer des Parlaments in zwei Beratungen in einem Abstand von mindestens drei Monaten angenommen und in der zweiten Abstimmung mit absoluter Mehrheit gebilligt werden. Sie werden gegebenenfalls einem Verfassungsreferendum unterworfen. Ein Volksentscheid findet lediglich nicht statt, wenn das Gesetz bei der zweiten Abstimmung von jeder Kammer mit Zweidrittelmehrheit angenommen worden ist. Nach Art. 139 kann die republikanische Staatsform nicht Gegenstand einer Verfassungsänderung sein.

Im April 2014, anderthalb Monate nach Antritt der Regierungsgeschäfte, stellte die Regierung Renzi dem Senat einen Gesetzesentwurf zur Verfassungsreform vor, den Gesetzesentwurf Renzi-Boschi (Nr. 1429), benannt nach dem Premier und der Ministerin für Verfassungsreformen und Beziehung zum Parlament, Maria Elena Boschi. Er bestand aus mehreren Reformvorschlägen: die oben genannte Reform des Senats, die Reform des Abschnitts V sowie Normen zur Wahl des Staatspräsidenten und der Verfassungsrichter, zu den Kompetenzen des Verfassungsgerichts und zum Referendum. Dieser Entwurf hat den parlamentarischen Weg genau zwei Jahre später, im April 2016, abgeschlossen.

Zuerst wurde er im Senat zur Debatte gestellt, wo viele kritische Einwände erhoben wurden, die sich besonders auf die Reduzierung seiner Mitgliederzahlen und die Beschneidung der Befugnisse richteten (Baldini und Renwick 2015). Darauf wurden einige Änderungen beschlossen, die in den schließlich verabschiedeten Text Eingang gefunden haben. Der Senat verabschiedete das Gesetz in erster Lesung am 8. August 2014 und besiegelte damit scheinbar seinen Suizid. Denn die faktische

17 Vgl. hierzu ausführlicher den entsprechenden Beitrag von Luciano Vandelli in diesem Band.

Auflösung des paritätischen Bikameralismus kommt eindeutig den Interessen der Parteivorsitzenden entgegen, nicht den Eigeninteressen der Senatoren. In der Öffentlichkeit und bei unparteiischen Experten fand dieser Vorgang denn auch ein breites und positives Echo. Zwei Schlüsselfaktoren bestimmten den Erfolg des Entwurfs der Regierungsmehrheit: Erstens Renzis persönlicher Erfolg bei den Europawahlen im Mai 2014, als der PD auf unerwartete 41 % der Wählerstimmen kam (De Sio 2014; Valbruzzi und Vignati 2014). Renzi hatte die Europawahlen im Vorfeld als nachträgliches Plebiszit über seinen Aufstieg zum Regierungschef erkoren und der Erfolg gab dem Ministerpräsidenten die Chance, die in der Wahl ausgedrückte Unterstützung durch die Wählerschaft in Druck auf die Abgeordneten seiner Partei umzuwandeln und dadurch ihre Zustimmung zu dem Entwurf mit Verweis auf den plebiszitären Charakter der Europawahlen zu erzwingen. Zweitens waren sich die Senatoren durchaus bewusst, dass es sich um den ersten Schritt eines langwierigen Verfahrens mit ungewissem Ausgang handelte, weshalb sie eben doch keinen unmittelbaren Suizid begingen, sondern lediglich ihre Bereitschaft ausdrückten, eine Debatte über Vorschläge fortzuführen, die eventuell später revidiert werden würden (Baldini und Renwick 2015).

Anders als im Senat war der Beschlussweg im Abgeordnetenhaus lang und mühevoll, nicht zuletzt, weil der linke Flügel des PD Renzis Hinweise auf den Europawahlerfolg zunehmend in Frage stellte und Renzis Machtanspruch kritisierte. In den Monaten nach der Wahl Sergio Mattarellas zum Präsidenten der Republik im Januar 2015 kam es zu einer Serie überaus turbulenter Parlamentssitzungen, die schließlich dazu führten, dass der Nazareno-Pakt offiziell für inexistent erklärt wurde und damit die Vereinbarungen zwischen Berlusconi und Renzi keine bindende Wirkung mehr für die Verhandlungen besaßen. Im März verabschiedete die Kammer – im Konflikt mit der Opposition und trotz Spannungen innerhalb des PD – die Reform, jedoch mit einigen Änderungen, weshalb der Text zu einer weiteren ersten Lesung an den Senat zurückgereicht wurde. Dieser Durchgang im Senat fand im Herbst 2015 statt und stand noch im Zeichen der Regional- und Kommunalwahlen vom 31. Mai 2015. Obgleich der PD im Vergleich zu den Europawahlen 2014 Stimmen verloren hatte, bestätigten die Regionalwahlen von 2015 seine Stellung als erste und stärkste Partei des Landes. Das kam auch bei der neuerlichen Abstimmung über den Gesetzestext im Senat zum Tragen und verhalf zu seiner Annahme, wenn auch nur in modifizierter Form und gegen Proteste der Opposition. Der letzte Durchlauf in beiden Kammern fand zwischen Januar und April 2016 statt: Mit absoluter Mehrheit, aber unter Abwesenheit der Opposition, die in der Schlussabstimmung die Aula verließ, wurde der Text zur Verfassungsänderung angenommen und am 15. April im Gesetzblatt veröffentlicht.

Aufgrund der Modalitäten der Annahme des Gesetzes (d. h. mit einfacher Mehrheit und nicht mit einer Zweidrittelmehrheit), wurde das Verfassungsreformgesetz zusätzlich einem sogenannten bestätigenden Referendum (*referendum confermativo*) unterworfen. Nach längeren Debatten wurde als Datum für dieses Referendum der 04. Dezember 2016 festgelegt. In den Monaten bis zu dem Referendum erreichte die Debatte um die Inhalte der Reform ein Maß der Beteiligung und eine Fokussierung der öffentlichen Aufmerksamkeit, die absolut unüblich ist. Alle namhaften Verfassungsrechtler und Politologen des Landes bezogen Position – pro oder contra.¹⁸

Auch der Innovationscharakter der Reform wurde grundsätzlich diskutiert und gefragt, ob man von einer verfassungsgebenden Legislative (oder besser: Regierung) sprechen kann (Lanchester 2016). Letztere Frage muss man, zumindest unter formalen Gesichtspunkten, sicher bejahen. In der Substanz bedeuteten die angestrebten Reformen aber kein Ausscheren Italiens aus dem parlamentarischen System (Barbera 2015) oder ein Abdriften ins Autoritäre, auch wenn einige gewichtige Änderungen eingetreten wären, von denen die Überwindung des paritätischen Bikameralismus sicher jene mit den weitreichendsten Folgen gewesen wäre.

Hauptsächlich diskutiert wurden aber zum einen die Modalitäten der Abstimmung über die Reform beziehungsweise die Tatsache, dass auch diese Verfassungsänderung nur mit einer Mehrheit statt in einem breiten Konsens verabschiedet wurde, zum anderen wurden inhaltliche Aspekte der Reform und ihre möglichen Folgen debattiert. Diese Debatte erinnerte in vielem an eine richtige Wahlkampagne, was sich auch in einigen Konsequenzen zeigte: Die Beteiligung am Referendum war ungewöhnlich hoch (65,5 %) und deutlich höher als bei den beiden vorangegangenen Referenden 2001 (34 %) und 2006 (52,5 %). Die Diskussion wurde zudem ungewöhnlich detailliert und breit in Zeitungen, neuen Medien und dem Fernsehen geführt, so dass große Teile der Öffentlichkeit sich dem Thema annähern und sich informieren konnten und schließlich auch den Vorschlag diskutierten und mobilisiert wurden. Das wesentliche Merkmal dieser Abstimmung war jedoch die extrem starke Personalisierung – zum großen Teil von Renzi selbst befördert – und die parteipolitische Prägung sowie, daraus resultierend, die enge Bindung des Schicksals der Regierung Renzi an das Ergebnis des Referendums. Der klare Sieg des „NO“, der deutlich über den Erwartungen (sowohl der Meinungsforscher als auch der Analysten) lag, führte deshalb mit selbstverständlicher Konsequenz

18 Aufrufe und Appelle für ein Ja oder Nein der Reform wurden von Italiens berühmtesten Juristen und zahlreichen herausragenden Universitätsprofessoren ausgegeben und unterzeichnet (siehe z. B. http://www.repubblica.it/politica/2016/05/23/news/referendum_costituzionale_manifesto_per_il_si-140453250/; <https://coordinamentodemocraziacostituzionale.net/2015/11/16/appello-del-comitato-per-il-no-nel-referendum-costituzionale-sulla-riforma-renzi-boschi/>).

zum Rücktritt Renzis und seiner Regierung. Eine der Aufgaben seines Nachfolgers, Paolo Gentiloni (PD), ist es nun, das Land zu Neuwahlen zu führen, möglicherweise, wie erwähnt, mit unterschiedlichen Wahlgesetzen für die beiden Kammern. Ob die Wahlen noch im Herbst 2017 oder erst zum regulären Ende der Wahlperiode im Februar 2018 stattfinden werden, ist zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht entschieden.

6 Schlussbetrachtungen

In diesem Beitrag wurden zuerst die jüngsten italienischen politisch-institutionellen Entwicklungen im Sinne der *Politics* untersucht, d. h. der Verlauf, den die vier charakteristischen Merkmale der Zweiten Republik (Personalisierung, Medialisierung, Bipolarismus, Territorium) unter dem Einfluss des M5S und der Wende der Wahlen 2013 genommen haben, analysiert. Dann wurden im Sinne der *Polity* die von der Regierung Renzi auf den Weg gebrachten institutionellen und verfassungsrechtlichen Reformen diskutiert. Dabei hat sich gezeigt, dass diese Reformen wichtige Änderungen bzw. Änderungsversuche des politisch-institutionellen Systems Italiens darstellen, sowohl unter formalen als auch praxisrelevanten Gesichtspunkten. Darüber hinaus ist bei der Regierung Renzi schließlich auch ein Stilwandel im Bereich der *Policy* zu beobachten.¹⁹

Laut Bull (2015) sind in den rund 20 Jahren der Zweiten Republik alle Anläufe zu institutionellen Reformen weitgehend misslungen, wofür die Rolle der Parteipolitik und die Verfahrensweisen, mit denen die jeweiligen Reformprozesse angegangen worden sind, verantwortlich seien. Matteo Renzi versuchte, beide historischen Sackgassen zu überwinden (Bull 2015; Vigevani 2014), indem er quer über die Parteigrenzen hinweg operierte und ohne den Einsatz von Berater-Komitees oder die Ankündigung von Großprojekten die ganz normalen Verfahrensregeln von Reformen befolgte. Da die Reform und das Verfassungsreferendum jedoch von Beginn an den Charakter eines Plebiszits über die Regierung Renzi und die Person des Regierungschefs erlangten, scheiterte auch dieser Versuch. Die Gesetzgebungsverfahren und Meinungsbildungsprozesse im parlamentarischen Prozess zeigten starke Züge von Personalisierung (Lanchester 2016). Dies schlug sich auch in der schwankenden Zustimmung der Wähler in den verschiedenen regionalen bzw. lokalen Wahlen nieder, die den Grad der Beliebtheit Renzis und der einzelnen Parteien des neuen italienischen Tripolarismus widerspiegeln. So verringerte sich

19 Vgl. hierzu näher den Beitrag von Fabio Bordinon und Luigi Ceccarini in diesem Band.

seit dem aus Sicht der Regierung enttäuschenden Ausgang der Kommunalwahlen 2016 (Emanuele et al. 2016) auch in den Umfragen der Vorsprung der Ja-Stimmen zum Referendum deutlich.

Die große politisch-institutionelle Transformation, die Italien in diesen letzten Jahren bzw. Jahrzehnten durchläuft, hätte durch den kombinierten Effekt aus *Italicum* und Verfassungsreform (Ceccanti 2015b; Vigevani 2014) zu einem kompletten Gesamtbild abgerundet werden sollen. Ziel der Reformen war eine Umgestaltung der politischen Landschaft, die dazu führen sollte, „einer sehr starken Mehrheit den Einfluss auf das gesamte politisch-repräsentative Geschehen zuzuspielen und damit auf künftige und weitergehende Reformen sowie einige bedeutende Wahlverfahren abzielte“ (Cortese 2016). Wenn, wie Ceccanti (2015a) unterstreicht, jedoch nur ein neues Parteiensystem auf nationaler Ebene dazu in der Lage ist, eine kohärente und dauerhafte Verfassungsreform umzusetzen und die Phase des Umbruchs endlich zu beenden, dann hätten sich vielleicht einige Zeichen in dieser Hinsicht ausmachen lassen.

Tatsächlich lassen es die politischen Umstände und die Ereignisse der Parlamentswahlen 2013 zu, von einer neuen Transition des politischen Systems Italiens bzw. des Parteiensystems und mithin von einem Bruch mit der Vergangenheit zu sprechen. Dasselbe hätte auch von dem normativen Gerüst des Landes behauptet werden können, welches durch die Wahl- und Verfassungsreformen empfindlich verändert werden sollte und mit einigen typischen Merkmalen des italienischen politischen Systems aufgeräumt hätte, vor allem mit dem paritätischen Bikameralismus. Doch dazu ist es nicht gekommen. Die Diskontinuitäten beschränken sich somit bislang auf das Parteiensystem und einige Elemente im Bereich der *Leadership* und des Regierungsstils, ohne dabei die institutionelle Architektur und das politische System als solches zu beeinflussen.

Genauso wie der tatsächliche Umbruch von der Ersten zur Zweiten Republik nur schwer festzumachen war, weil es starke Elemente der Kontinuität gab bzw. gibt (Ceccanti 2015a; Lanzalaco 2014; Morlino 2014) – wie Konsensdemokratie, *Cleavages* und Verankerung im Territorium, Fragmentierung der Parteienlandschaft, die zentrale Rolle der Parteien im politischen System trotz deren Krise –, so stellt sich auch heute bei der Betrachtung des neuen Umbruchs dasselbe Problem (De Giorgi und Grimaldi 2015). Erst in der Zukunft wird sich deshalb erweisen, ob einige Elemente – wie der M5S und der damit verbundene Tripolarismus – allein genug sind, eine Zäsur im Sinne des Übergangs zur Dritten Republik zu markieren oder als Ausdruck von Kontinuität des Alten und mithin als Elemente der Zweiten Republik zu interpretieren sind.

Es ist freilich noch viel zu früh für Prophezeiungen zum angeblichen oder vermeintlichen Anbruch der Dritten Republik. Allerdings ist unzweifelhaft, dass,

während das Parteiensystem (mit dem Aufkommen des M5S und der daraus resultierenden Überwindung des Bipolarismus) bedeutende Veränderungen durchlebt, die Veränderung des politischen Systems (mit der Wahlrechtsreform, der Verfassungsreform und der daraus entstehenden Machtallokation) ihrerseits durch den Ausgang des Referendums ins Stocken geraten ist und seine mögliche Transformation erneut gestoppt wurde.

Die Diskontinuität im politischen Führungsstil, welche die Regierungszeit von Matteo Renzi kennzeichnet (RIPP 2016), vor allem aber die unübersehbaren Diskontinuitäten in der politischen Praxis (z. B. in der Nominierung der Leitungsebene von Ministerien oder Verwaltungsgerichten), insbesondere in einigen Politikfeldern – von der öffentlichen Verwaltung bis zur Bildungspolitik, über den Arbeitsmarkt bis hin zu den Banken (Piattoni und Carbone 2016) – unterstreichen allerdings, dass die Zeit der Regierung Renzi durchaus für die tatsächliche und wirksame Veränderung bis dato konsolidierter Tendenzen steht.

Nach dem jäh gescheiterten Referendum über die Verfassungsreform scheinen die „Ära Renzi“ und die Reformen seiner Regierung nichtsdestoweniger so schnell untergegangen zu sein wie sie begonnen hatten. Nahezu sicher wird Renzi die politische Bühne nicht verlassen, aber ebenso sicher ist seine Darstellung als Reformers, zumindest für den Augenblick, zweifelhaft geworden. Viele *Policy*-Innovationen (in einzelnen Politikfeldern) sind entweder unvollendet geblieben (die Reform der öffentlichen Verwaltung), sehr umstritten (die Schul- und Arbeitsmarktreformen) oder durch das Scheitern der Verfassungsreform unmittelbar lahmgelegt (das *Italicum* und die Territorialreform Delrio) (Capano und Pritoni 2016), während die *Polity*-Innovationen (die Verfassungsreform selbst) durch den Volkswillen im Referendum rundweg abgelehnt wurden.

Eine echte Diskontinuität, die zur Entstehung einer Dritten Republik führen würde, lässt deshalb weiterhin auf sich warten. Möglicherweise stehen wir erneut vor vorübergehenden Phänomenen und somit lediglich vor Zeichen kleinerer Veränderung im Rahmen einer größeren Kontinuität. Mit anderen Worten: Vielleicht ist der Umbruch noch immer lediglich ein Gespenst.

Literatur

- Almagisti, M. & Verzichelli, L. (2014). Introduzione. Due decenni di mutamento in prospettiva analitica. In Almagisti, M., Lanzalaco, L., & Verzichelli, L. (Hrsg.). *La transizione politica italiana: da Tangentopoli a oggi*. Roma: Carocci.
- Baldini, G. (2013). Don't Count Your Chickens before They're Hatched: The 2013 Italian Parliamentary and Presidential Elections. *South European Society and Politics* 4, 473-497.
- Baldini, G. (2011). The different trajectories of Italian electoral reforms. *West European Politics* 3, 644-663.
- Baldini, G., & Renwick, A. (2015). Italy toward (yet another) electoral reform. *Italian Politics* 1, 160-178.
- Barbera, A. (2015). La nuova legge elettorale e la forma di governo parlamentare. *Quaderni costituzionali* 3, 645-675.
- Bolgherini, S. (2016a). Referendum popolare (Volksentscheid). In Brütting, R., & Rauen, B. (Hrsg.). *Italien-Lexikon*. Berlin: Erich Schmidt Verlag, 780-783.
- Bolgherini, S. (2016b). Revisione costituzionale (Verf.-Reform, Verf.-Änderung). In Brütting R., & Rauen, B. (Hrsg.). *Italien-Lexikon*. Berlin: Erich Schmidt Verlag, 798-800.
- Bolgherini, S., & Grimaldi, S. (2017). Critical election and a new party system. Italy after the 2015 regional election. *Regional and Federal Studies* (ahead of print), 1-23.
- Bolgherini, S., & Grimaldi, S. (2016). The May Regional Elections. Consolidation of the Tripolar System. In Piattoni, S., & Carbone, M. (Hrsg.), *Italian Politics*. Oxford/ NY: Berghahn, 80-98.
- Bolgherini, S., & Grimaldi, S. (2015). *Tripolarismo e destrutturazione. Le elezioni regionali del 2015*. Bologna: Istituto Cattaneo.
- Bordignon, F. (2014). Matteo Renzi: A 'Leftist Berlusconi' for the Italian Democratic Party? *South European Society and Politics* 1, 1-23.
- Bordignon, F. (2013). *Il partito del capo*. S. Arcangelo di Romagna: Maggioli Editore.
- Bordignon, F., & Ceccarini, L. (2013). Five stars and a cricket. Beppe Grillo shakes Italian politics. *South European Society and Politics* 4, 427-449.
- Bosco, A., & McDonnell, D. (2012). Introduction: The Monti government and the downgrade of Italian parties. In Bosco, A., & McDonnell, D. (Hrsg.). *Italian Politics*. Oxford/NY: Berghahn, 37-56.
- Bull, M. J. (2015). Institutional reform in Italy to respond to the EU challenge: Renzi's constitutional reform project. In *The 2014 European Elections: Italian Politics and the European Challenge*, 14-15 January 2015, European Policies Research Centre, University of Strathclyde.
- Bull, M. J. (2012). The Italian transition that never was. *Modern Italy* 1, 103-118.
- Caciagli, M. (2009). Wahlrechtsreformen und Parteienlandschaft: das italienische Rätsel. In Mantl, W., & Poier, K. (Hrsg.). *Demokratie im Umbruch: Perspektiven einer Wahlrechtsreform*. Wien: Böhlau Verlag, 75-85.
- Calise, M. (2006). *La terza repubblica*. Roma-Bari: Laterza.
- Campus, D. (2010). Mediatization and personalization of politics in Italy and France: The cases of Berlusconi and Sarkozy. *International Journal of Press/Politics* 20, 1-17.
- Capano, G. & Pritoni, A. (2016). Mirror, mirror on the wall, who is the 'most' reformist one of all? Policy innovation and design coherence of the Renzi government. *Contemporary Italian Politics* (8) 3/2016, 289-302.

- Ceccanti, S. (2015a). Constitutional change: an explanation. *Journal of Modern Italian Studies* 2, 202-212.
- Ceccanti, S. (2015b). Italicum e riforma costituzionale. *il Mulino* 3, 427-434.
- Ceccanti, S., & Vassallo, S. (2004). *Come chiudere la transizione: cambiamento, apprendimento e adattamento nel sistema politico italiano*. Bologna: il Mulino.
- Ceccarini, L., Diamanti, I., & Lazar, M. (2012). The End of an Era: The Crumbling of the Italian Party System. In Bosco, A., & MacDonnell, D. (Hrsg.). *Italian Politics*. Oxford/NY: Berghahn, 57-77.
- Cento Bull, A., & Gilbert, M. (2001). *The Lega Nord and the Northern Question in Italian Politics*. New York: Palgrave.
- Chiaromonte, A. (2015). The unfinished story of electoral reforms in Italy. *Contemporary Italian Politics* 1, 10-26.
- Chiaromonte, A. (2007). Il nuovo sistema partitico italiano tra bipolarismo e frammentazione. In D'Alimonte, R., & Chiaromonte, A. (Hrsg.). *Proporzionale ma non solo. Le elezioni politiche del 2006*. Bologna: il Mulino, 369-406.
- Corbetta, P., & Gualmini, E. (2013). Il partito di Grillo. Bologna: il Mulino.
- Cortese, F. (2016). *Istantanea sulla riforma costituzionale*. *Mente Politica*. <http://www.mentepolitica.it/articolo/istantanea-sulla-riforma-costituzionale-2-parte/900>; <http://www.mentepolitica.it/articolo/istantanea-sulla-riforma-costituzionale-prima-parte/897>. Zugegriffen: 10.12.2016.
- D'Alimonte, R. (2005). Italy: a case of fragmented bipolarism. In Gallagher, M., & Mitchell P. (Hrsg.). *The politics of electoral systems*. New York: Oxford University Press, 253-276.
- De Giorgi, E., & Grimaldi, S. (2015). The Italian political system in the last twenty years: change, adaptation or unfinished transition? *Contemporary Italian Politics* 1, 3-9.
- De Sio, L. (2014). *Le Elezioni Europee 2014*. Roma: CISE-Centro Italiano Studi Elettorali.
- Diamanti, I. (2014). Oltre la democrazia del pubblico. *Comunicazione politica* 3, 581-590.
- Diamanti, I. (1993). *La Lega: Geografia, storia e sociologia di un nuovo soggetto politico*. Roma: Donzelli.
- Diamanti, I., Bordignon, F., & Ceccarini, F. (2013). *Un salto nel voto. Ritratto politico dell'Italia di oggi*. Roma-Bari: Laterza.
- Emanuele, V., Maggini, N., & Paparo, A. (2016). *Cosa succede in città? Le elezioni comunali 2016*. CISE-Centro Italiano Studi Elettorali.
- Fabbrini, S. (2013). The rise and fall of Silvio Berlusconi: Personalization of politics and its limits. *Comparative European Politics* 2, 153-171.
- Forestiere, C. (2015). The Formation of the Renzi Government. In Profeti S., & Hanretty, C. (Hrsg.). *Italian Politics*. Oxford/NY: Berghahn, 67-82.
- Fusaro, C. (2015). Per una storia delle riforme istituzionali (1948-2015). *Rivista Trimestrale di diritto pubblico* 2, 431-555.
- Fusaro, C. (2011). Italy. In Oliver, D., & Fusaro, C. (Hrsg.). *How constitutions change: A comparative study*. Oxford: Hart Publishing, 211-234.
- Gallagher, M., & Mitchell, P. (2005). *The politics of electoral systems*. Cambridge Univ Press.
- Grasse, A. (2004). *Im Süden viel Neues. Italienische Staats- und Verfassungsreformen am Scheideweg zwischen Modernisierung und Gefährdung der Demokratie*. Stuttgart: Ibidem.
- Grilli di Cortona, P. (2007). *Il cambiamento politico in Italia*. Roma: Carocci.
- Hanretty, C., & Profeti, S. (2015). Introduction: The Year of the Bulldozer. In Hanretty, C., & Profeti, S. (Hrsg.). *Italian Politics*. Oxford/NY: Berghahn, 29-49.

- Ieraci, G. (2014). Il sistema dei partiti in Italia dal secondo dopoguerra ai giorni nostri. In: Ieraci, C. *La transizione politica italiana. Da Tangentopoli a oggi*. Roma: Carocci Editore.
- Ignazi, P. (1989). *Il polo escluso*. Bologna: il Mulino.
- Itanes (2013). *Voto amaro*. Bologna: il Mulino.
- Jones, E. (2012). The Berlusconi Government and the Sovereign Debt Crisis. In Bosco, A., & McDonnell, D. (Hrsg.). *Italian Politics: From Berlusconi to Monti*. Oxford/NY: Berghahn, 172-190.
- Katz, R. S. (2005). Why are there so many (or so few) electoral reforms. In Gallagher, M., & Mitchell, P. (Hrsg.). *The politics of electoral systems*. Oxford: Oxford University Press, 57-76.
- Köppel, S. (2007). *Das politische System Italiens. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lanchester, F. (2016). Un contributo per il discernimento costituzionale. *Osservatorio Costituzionale* 1, 1-4.
- Lanzalaco, L. (2014). Conclusioni. Pensavamo a un patchwork, è venuto un puzzle. In Almagisti, M., Lanzalaco, L., & Verzichelli, L. (Hrsg.). *La transizione politica italiana: da Tangentopoli a oggi*. Roma: Carocci Editore.
- Lanzalaco, L. (2005). *Le politiche istituzionali*. Bologna: il Mulino.
- Lanzone, M. E. (2015). *Il MoVimento Cinque Stelle. Il popolo di Grillo dal web al Parlamento*. Edizioni Epoké.
- Lanzone, M. E. (2014). The “post-modern” populism in Italy: The case of the Five Star Movement. In Woods, B. W. (Hrsg.). *The Many Faces of Populism: Current Perspectives*. Bingley: Emerald Group Publishing, 53-78.
- Manin, B. (1997). *The principles of representative government*. Cambridge University Press.
- Marangoni, F. (2013). From fragile majoritarianism to the ‘technocratic addendum’: some data on the legislative activity of the governments of the sixteenth legislature. *Contemporary Italian Politics* 1, 71-81.
- Marangoni, F. (2012). Technocrats in Government: The Composition and Legislative Initiatives of the Monti Government Eight Months into its Term of Office. *Bulletin of Italian Politics* 1, 135-149.
- Marangoni, F., & Verzichelli, L. (2015). From a Technocratic Solution to a Fragile Grand Coalition: The Impact of the Economic Crisis on Parliamentary Government in Italy. *The Journal of Legislative Studies* 1, 35-53.
- Mastropaolo, A., & Verzichelli, L. (2015). *Il parlamento: le assemblee legislative nelle democrazie contemporanee*. Roma-Bari: Laterza.
- Mazzoleni, G., & Schulz, W. (1999). “Mediatization” of politics: A challenge for democracy? *Political communication* 3, 247-261.
- Morlino, L. (2014). Transizione in stallo e conseguente instabilità. In Almagisti, M., Verzichelli, L., & Lanzalaco, L. (Hrsg.). *La transizione politica italiana. Da Tangentopoli a oggi*. Roma: Carocci.
- Morlino, L. (2013). The impossible transition and the unstable new mix: Italy 1992–2012. *Comparative European Politics* 3, 337-359.
- Mosca, L. (2014). The Five Star Movement: Exception or Vanguard in Europe? *The International Spectator* 1, 36-52.
- Mosca, L., Vaccari, C., & Valeriani, A. (2015). An internet-fuelled party? The Movimento 5 Stelle and the web. In Tronconi, F. (Hrsg.). *Beppe Grillo's Five Star Movement: Organisation, Communication and Ideology*. Farnham: Ashgate, 127-151.
- Mussella, F. (2012). *Il Premier diviso. Italia tra presidenzialismo e parlamentarismo*. Egea: Università Bocconi Editore.

- Olivetti, M. (2012). Governare con l'aiuto del presidente. *Il Mulino* 2, pp. 233-241.
- Pasquino, G. (2016). The Second Republic That Never Was. In Kaiser, R. & Edelman, J. (Hrsg.), *Crisis as a Permanent Condition?* (pp. 99 – 112). Berlin: Nomos.
- Pasquino, G. (2015). Una storia presidenziale (2006–2015). *Paradoxa* 1, 11-123.
- Pasquino, G., & Pelizzo, R. (2006). *Parlamenti democratici*. Bologna: il Mulino.
- Pasquino, G., & Valbruzzi, M. (2015). *A changing Republic: politics and democracy in Italy*. Edizioni Epoké.
- Passarelli, G. (2013a). *Chi ha vinto, chi ha perso, e dove. Elezioni Politiche 24-25 febbraio 2013*. Bologna: Istituto Cattaneo.
- Passarelli, G. (2013b). *Bipolarismo addio? Le famiglie politiche italiane negli ultimi 20 anni*. Bologna: Istituto Cattaneo.
- Piattoni, S., & Carbone, M. (Hrsg.) (2016). *Italian Politics*. Oxford/NY: Berghahn.
- Poguntke, T., & Webb, P. (2005). *The Presidentialization of Politics: A Comparative Study of Modern Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Rae, D. W. (1967). *The political consequences of electoral laws*. New Haven: Yale University Press.
- Riker, W. H. (1982). The two-party system and Duverger's law: an essay on the history of political science. *American Political Science Review* 4, 753-766.
- Rivista Italiana di Politiche Pubbliche (RIPP) (2016). Special issue: *Esiste uno stile di policy del governo Renzi?*, no. 1/2016.
- Russell, M. (2013). *The contemporary House of Lords: Westminster bicameralism revived*. Oxford: Oxford University Press.
- Sartori, G. (1986). The Influence of Electoral Systems: Faulty Laws or Faulty Method? In Grofman, B., & Lijphart, A. (Hrsg.). *Electoral Laws and Their Political Consequences*. New York: Agathon Press, 43-68.
- Sartori, G. (1976). *Parties and Party Systems: A Framework for Analysis*. CUP.
- Strömbäck, J. (2008). Four phases of mediatization: An analysis of the mediatization of politics. *The International Journal of Press/Politics* 3, 228-246.
- Tronconi, F. (2015a). *Beppe Grillo's Five Star Movement: Organisation, Communication and Ideology*. Farnham: Ashgate.
- Tronconi, F. (2015b). Bye-Bye Bipolarism: The 2015 Regional Elections and the New Shape of Regional Party Systems in Italy. *South European Society and Politics* 4, 553-571.
- Tuorto, D. (2013). *Un astensionismo normale in un'elezione di cambiamento*. Istituto Cattaneo.
- Valbruzzi, M., & Vignati, R. (2014). *L'Italia e l'Europa al bivio delle riforme. Le elezioni europee e amministrative del 25 maggio 2014*. Bologna: Istituto Cattaneo.
- Vegetti, F., Poletti, M., & Segatti, P. (2014). Availability or disengagement? How Italian citizens reacted to the two-faced parliamentary grand coalition supporting the Monti government. *Polis* 1, 61-84.
- Vigevani, G. E. (2014). The Reform of Italian Bicameralism: The First Step. *Italian Journal of Public Law* 6, 60-83.
- Vignati, R. (2015). The organization of the Movimento 5 Stelle: a contradictory party model. In Tronconi, F. (Hrsg.). *Beppe Grillo's Five Star Movement: Organisation, Communication and Ideology*. Farnham: Routledge, 29-51.
- Zamponi, L. (2012). 'Why don't Italians Occupy?' Hypotheses on a Failed Mobilisation. *Social Movement Studies* 3-4, 416-426.

<http://www.springer.com/978-3-658-16091-3>

Italien zwischen Krise und Aufbruch

Reformen und Reformversuche der Regierung Renzi

Grasse, A.; Grimm, M.; Labitzke, J. (Hrsg.)

2018, XIV, 578 S. 28 Abb., 3 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-16091-3